

Spiele-Analyse: Wie viele Kriegsverbrechen stecken in Shootern?

Mehr als vier Monate brauchte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, um beim Politik-Portal abgeordnetenwatch.de auf Fragen zu seinem umstrittenen Vergleich von "Killerspielen" mit Kinderpornographie zu reagieren. Die Antworten dürften manchem Spieler übel aufstoßen.



Bayerns Innenminister Herrmann: "Herstellungs- und Verbreitungsverbot für Killerspiele."

Für Herrmann ist es wissenschaftlich erwiesen, dass durch das Spielen so genannter Killerspiele "die Gewaltbereitschaft steigt und die Fähigkeit sinkt, Mitleid zu empfinden". Er zitiert zur Untermauerung seines Standpunkts Professor Dr. Manfred Spitzer, den Leiter der Klinik für Psychiatrie am Universitätsklinikum Ulm: "Diese Spiele hinterlassen tiefe Spuren im Gehirn: Es gibt viel Gewalt, es gibt keine Alternativen zu Gewalt, sie tut nicht weh, und ich komme davon. Wenn ich das 200.000 Mal multimedial lerne, dann habe ich das intus." Studien, die Herrmanns Standpunkt widerlegen, stuft er als unbrauchbar ab, da hinter derartigen Forschungsergebnissen immer die Spiele-Industrie stehe: "Prüfen Sie kritisch, welchen Interessen sie [die Studien] dienen und welcher Geldgeber dahinter steht. Hier geht es um einen Milliardenmarkt."

Seinen Vergleich von "Killerspielen" mit Drogen und Kinderpornographie rechtfertigt Herrmann damit, dass eine solch drastische Wortwahl nötig sei, um die Bevölkerung "aufzurütteln": "Denn während Drogenkonsum in unserer Gesellschaft mit Recht nicht akzeptiert ist und Kinderpornografie allgemein auf Verabscheuung stößt, werden die Gewaltorgien auf Computerbildschirmen in ihren Auswirkungen leider von Vielen verharmlost und schön geredet."

Der Innenminister hat natürlich auch schon eine Lösung für das "Killerspiel-Problem": Der deutsche Jugendschutz muss härter durchgreifen: "Die Ursache liegt vor allem in der nach meiner Ansicht viel zu großzügigen Kennzeichnungspraxis der Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle (USK)." Er fordert daher vehement ein "gesetzliches Herstellungs- und Verbreitungsverbot für Killerspiele". Anders als den Staat sieht er die Eltern nicht in der Pflicht: Eine Einstufung "keine Jugendfreigabe" "hat hier [für Minderjährige] eher Anreizwirkung", so Herrmann. Eltern seien "häufig schon aus Zeitgründen nicht in der Lage, [die Beschaffung solcher Spiele durch ihre Kinder] zu verhindern". Daher sei es Aufgabe des Staates, zu verhindern, dass derartige Spiele überhaupt erst produziert werden. (cel)

Spiele-Analyse: Wie viele Kriegsverbrechen stecken in Shootern?

Innenminister: Killerspiele gleichen Kinderpornos

[nächste News ▶](#)

Diskutieren Sie mit!

Letzte Aktualisierung der Themen-Anzeige: 08.04.10 - 14:31:02 Uhr